

Datenschutzinformation zum Hinweisgebersystem

Im Folgenden möchten wir Sie in verständlicher und kompakter Form über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen der internen Meldestelle (Hinweisgebersystem) sowie Ihre diesbezüglichen Rechte unterrichten (Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung, im folgenden DS-GVO).

Durch die interne Meldestelle haben Sie die Möglichkeit, auf verschiedenen Meldekanälen uns Hinweise zu Rechtsverstößen mitzuteilen, die Ihnen im Zusammenhang mit Ihrer beruflichen oder unternehmerischen Tätigkeit aufgefallen sind.

Diese Datenschutzinformation gelten, sobald Sie uns personenbezogene Daten (z.B. Name, Telefonnummer, E-Mail) im Rahmen des Hinweisgebersystems übermitteln. Das Hinweisgebersystem können Sie auf verschiedenen Meldekanälen nutzen:

- Elektronisches Meldeformular (siehe unten)
- Persönliches Treffen oder postalisch: Gem.DataSecure GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dr. Güstel, Weidestrasse 134, 22083 Hamburg
- E-Mail: hinweis@gem-gruppe.de

Sollten Sie uns persönlich oder telefonisch sprechen wollen, nutzen Sie bitte für die Vereinbarung eines Termins das Meldeformular oder senden uns eine E-Mail.

Bitte beachten Sie, dass Sie Meldungen grundsätzlich auch anonym übermitteln können. Jedoch sind nicht alle Kanäle für eine anonyme Mitteilung geeignet.

I. Verantwortlicher

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung für die Datenverarbeitung sind die Unternehmen der Gem-Gruppe: <https://www.gem-gruppe.de/impressum>

II. Datenschutzbeauftragter

Bei Fragen zum Thema Datenschutz können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten wenden:

- per E-Mail: datenschutz@gem-gruppe.de
- per Post: Gem.DataSecure GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Dr. Ralf Güstel, Weidestraße 134, 22083 Hamburg

III. Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgebersystems

a. Hinweise

Das Hinweisgebersystem steht Ihnen zur Verfügung, wenn Sie konkrete, begründete Hinweise auf schwere Rechtsverletzungen oder Regelverstöße haben oder solche vermuten. Die interne Meldestelle ist jedoch nicht für Beschwerden oder allgemeine Anfragen geeignet. Hierzu wenden Sie sich bitte direkt an das Unternehmen. Alle Meldungen werden bei uns streng vertraulich behandelt.

b. Anonyme Meldungen

Die Nutzung des Hinweisgebersystems erfolgt freiwillig. Grundsätzlich steht Ihnen die Möglichkeit offen, eine entsprechende Meldung anonym zu übermitteln. Wir respektieren dann Ihren Wunsch nach Anonymität. Wir empfehlen Ihnen für eine anonyme Meldung die entsprechende Meldung per Telefon oder über unser Meldeformular. Sofern Sie Hinweise anonym abgeben möchten, bitten wir Sie, den Sachverhalt und die festgestellten Rechtsverstöße detailliert und umfassend zu beschreiben und, sofern vorhanden, durch weitere Unterlagen, die Ihren Hinweis stützen, zu untermauern. Nur wenn sich hinreichend konkrete Untersuchungsansätze und Möglichkeiten der Beweisführung ergeben, können wir Ihren Hinweis nachgehen.

Bitte beachten Sie, dass im Falle eines Anrufes oder einer E-Mail Ihre Telefonnummer bzw. Absenderinformationen gesendet und erfasst werden. Bei dem Wunsch einer anonymen Behandlung Ihres Hinweises werden wir diese Informationen nicht speichern. Sie haben in den Einstellungen Ihres Endgerätes überdies die Möglichkeit, dass Ihre Anrufer-Informationen nicht übermittelt werden.

Sofern wir im Rahmen anonymer Meldungen personenbezogene Daten (z.B. über am Sachverhalt beteiligte Personen) verarbeiten, ist Rechtsgrundlage hierfür Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO, beruhend auf unserem Interesse an einer effizienten Untersuchung von Hinweisen auf Rechtsverletzungen. Darüber hinaus kann die Datenverarbeitung auf Artikel 88 Datenschutz-Grundverordnung i.V.m. § 26 Bundesdatenschutzgesetz beruhen, soweit sie zur Aufdeckung von Straftaten im Beschäftigungsverhältnis dient.

c. Namentliche Meldung

Grundsätzlich helfen uns die Angabe eines Namens und weitere Kontaktdaten, den Sachverhalt effizient zu prüfen und Rückfragen zu klären. Wenn Sie uns persönliche Informationen im Rahmen eines Hinweises mitteilen, verwenden wir Ihre Daten zur Überprüfung des Sachverhaltes, für etwaige Rückfragen und der internen Ermittlungen sowie deren Dokumentation. Wir geben Ihre Daten zudem gegebenenfalls an Ermittlungsbehörden und die von einer Information betroffenen Person weiter (siehe hierzu sogleich unter d).

Wir benötigen zur Speicherung Ihres Namens, der Kontaktdaten und ggf. weiterer Angaben zu Ihrer Person bei namentlichen Meldungen Ihre Einwilligung. Sie werden daher im Rahmen eines Anrufs oder bei der Erfassung einer namentlichen Meldung über unser Online-Meldeformular entsprechend um Ihre Einwilligung für die hier beschriebenen Zwecke gebeten. Sie haben jederzeit die Möglichkeit die Einwilligung für die Zukunft zu widerrufen.

Sofern wir im Rahmen anonymer Meldungen personenbezogene Daten der meldenden Person verarbeiten, ist Rechtsgrundlage hierfür Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO.

d. Information der von der Meldung betroffenen Personen

Bitte beachten Sie, dass wir von Gesetzes wegen gegebenenfalls dazu verpflichtet sind, den Sachverhalt einschließlich des Namens des Hinweisgebers an die von der Meldung betroffenen Personen mitzuteilen. Solche Informationen werden wir in einem zeitlichen Abstand zur Meldung vornehmen, um Ermittlungen nicht zu gefährden. Hierbei werden wir die gesetzlichen Fristen nicht überschreiten. Sofern Sie Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Angaben zu Ihrer Identität erteilt haben, können Sie diese Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Sollte zum Zeitpunkt des Widerrufs noch keine Information der von der Meldung betroffenen Personen erfolgt sein, werden wir Ihre Identität nicht preisgeben und die Meldung umgehend anonymisieren.

IV. Dauer der Datenspeicherung

Hinweise, die nicht in den sachlichen Anwendungsbereich des Hinweisgeberschutzgesetzes fallen, werden nach Möglichkeit intern an die zuständige Stelle weitergeleitet und unterliegen dann ggf. den weiteren gesetzlichen Löschfristen. Sollte eine Weiterleitung nicht möglich sein oder sollten die Hinweise Sachverhalte betreffen, für die das Hinweisgebersystem nicht vorgesehen ist, wird die Meldung unmittelbar nach der Sichtung gelöscht.

Dokumentationen zu Hinweisen, die Grundlage für interne Ermittlungen bilden, werden nach drei Jahren nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist. Falls ein Hinweis Grundlage für eine strafrechtliche Ermittlung darstellt, speichern wir die Daten bis zum Abschluss des Verfahrens und darüber hinaus für den Zeitraum aus Nachweisgründen, der sich aus der Verjährung der jeweiligen Straftat ergibt.

V. Empfänger

Die Meldekanäle sind so gestaltet, dass nur die für die Entgegennahme und Bearbeitung der Meldungen zuständigen sowie die sie bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützenden Personen Zugriff auf die Meldungen haben.

Um Straftaten verfolgen zu können, kann es vorkommen, dass wir personenbezogene Daten der von dem Hinweis betroffenen Personen sowie im Falle von namentlichen Meldungen auch Angaben der hinweisgebenden Person an Ermittlungsbehörden weitergeben.

Aufgrund der gesetzlichen Informationspflichten benachrichtigen wir von der Meldung betroffene Personen über den zu ihrer Person erfassten Sachverhalt. Gegenstand dieser Information ist auch die Identität der hinweisgebenden Person.

Darüber hinaus werden Ihre Daten grundsätzlich ausschließlich von uns verarbeitet und nicht an Dritte weitergegeben. Ausnahmen betreffen die Fälle, in denen der Gesetzgeber die Weitergabe der Daten verlangt oder vorsieht. Hierzu können die Meldungen z.B. an die Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichte, sonstige Verwaltungsbehörden, an die Finanzbehörden im Rahmen einer Steuerprüfung, für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zuständige staatliche Stellen weitergeleitet werden.

Die Weitergabe Ihrer Daten an Dritte ist in bestimmten Fällen erforderlich, um Ihre oder unsere Interessen zu wahren oder unsere vertraglichen Pflichten zu erfüllen. Eine solche Weitergabe erfolgt insbesondere, wenn wir externe Dienstleister (z.B. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer) einsetzen. In diesen Fällen ist der Dienstleister weisungsgebunden und erhält Daten nur in dem Umfang und für den Zeitraum, der für die Erbringung der Leistungen jeweils erforderlich ist. Grundsätzlich unterliegen auch diese Dienstleister der Verschwiegenheit.

Grundsätzlich findet keine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dienstleister, die ihren Sitz in Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums haben oder an eine internationale Organisation, statt.

VI. Automatische Entscheidungsfindung

Im Rahmen der internen Meldestelle (Hinweisgebersystem) nutzen wir weder eine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 Datenschutz-Grundverordnung, noch zielt unsere Datenverarbeitung darauf ab, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu verarbeiten.

VII. Ihre Rechte

Ihnen steht jederzeit das Recht zu, eine Übersicht der über Ihre Person gespeicherten Daten zu verlangen (Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO i.V.m. Art. 34 BDSG). Falls bei uns gespeicherte Daten falsch oder nicht mehr aktuell sein sollten, haben Sie das Recht, diese Daten berichtigen zu lassen (Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DS-GVO). Sie können außerdem die Löschung Ihrer Daten verlangen (Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO i.V.m. § 35 BDSG). Sollte die Löschung aufgrund anderer Rechtsvorschriften nicht möglich sein, werden die Daten gegebenenfalls gesperrt, so dass Sie nur noch für diesen gesetzlichen Zweck verfügbar sind. Sie können die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten außerdem einschränken lassen, wenn z.B. die Richtigkeit der Daten von Ihrer Seite angezweifelt wird (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO). Ihnen steht das Recht auf Datenübertragbarkeit zu, d.h. dass wir Ihnen auf Wunsch eine digitale Kopie der von Ihnen bereitgestellten personenbezogenen Daten zukommen lassen (Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DS-GVO).

Sollte unser Datenschutzbeauftragter Ihr Anliegen nicht zu Ihrer Zufriedenheit beantworten können, oder wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt, bleibt Ihnen das Recht, sich bei der für uns zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren (Recht auf Beschwerde nach Art. 77 DS-GVO i.V.m. § 19 BDSG):

- Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien und Hansestadt Hamburg, Ludwig-Erhard-Str 22, 20459 Hamburg
- <https://datenschutz-hamburg.de/>

Sie können sich auch an die Datenschutzaufsichtsbehörde an Ihrem Wohnort wenden, die Ihr Anliegen dann an die zuständige Behörde weiterleiten wird.

Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, sich an eine externe Meldestelle des Bundes zu wenden, sollten Sie der Meinung sein, dass Ihrem Hinweis nicht (hinreichend) nachgegangen wurde:

- Bundesamt für Justiz, Adenauerallee 99 - 103, 53113 Bonn
- https://www.bundesjustizamt.de/DE/Home/Home_node.html
- https://www.bundesjustizamt.de/DE/MeldestelledesBundes/MeldestelledesBundes_node.html

VIII. Widerrufs- und Widerspruchsrecht

Sie haben gemäß Art. 7 Abs. 3 DS-GVO das Recht, eine einmal erteilte *Einwilligung jederzeit uns gegenüber zu widerrufen*. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Soweit wir Ihre Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO verarbeiten, haben Sie das Recht, *Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten einzulegen* und uns Gründe zu nennen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben und die Ihrer Meinung nach für ein Überwiegen Ihrer schutzwürdigen Interessen sprechen (Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren hier erläuterten Rechten Gebrauch machen, genügt jederzeit eine formlose Mitteilung an den oben genannten Verantwortlichen bzw. dessen Datenschutzbeauftragten.

Basis der obigen Ausführungen sind insbesondere das

- Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG; Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen)
- Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO; Verordnung EU 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Die Gesetze sind unter <https://www.gesetze-im-internet.de/> einsehbar.